



/ Wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit: eine Historisch-Materialistische Analyse der Ideen, Institutionen und Machtverhältnisse in der europäischen grünen Transformation

Laura Porak*

Zusammenfassung

Mit dem Europäischen Grünen Deal (2019) wird die grüne Transformation – und somit ‚wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit‘ – der Fokus der politisch-ökonomischen Strategie der Europäischen Union. Im Zuge dessen werden bisher gefestigte Glaubenssätze über den Zusammenhang von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sowie bestehende europäische und globale ökonomische Strukturen infrage gestellt. Zugleich fokussieren sich Machtkämpfe zwischen den Mitgliedstaaten, Kapitalfraktionen und der europäischen Ebene auf den Transformationsprozess, um Partikularinteressen durchzusetzen. Der vorliegende Artikel macht es sich zur Aufgabe, im Kontext der grünen Transformation diskursive und institutionelle Verschiebungen in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit bzw. den Weltmarkt und Verschiebungen der Machtverhältnisse in der EU zu analysieren. Die Analyse kommt zu zwei zentralen Schlüssen: Erstens bestehen auf Ebene der Ideen über Wettbewerbsfähigkeit und den Institutionen Kontinuitäten zu vorherigen europäischen politisch-ökonomischen Strategien. Zweitens wird der Transformationsprozess von einem komplexen Zusammenspiel von Ideen über wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit und Interessenslagen geformt, die für eine selektive Umsetzung der Ideen in die politisch-ökonomische Strategie der EU sorgen.

Schlagwörter: Europäischer Grüner Deal, Wettbewerbsfähigkeit, Kritische Policy-Analyse, organisierte ökonomische Interessen

Competitive Sustainability: A Historical Materialist Analysis of Ideas, Institutions and Power Relations in the European Green Transformation

Abstract

With the European Green Deal (2019), the green transformation and thus 'competitive sustainability' becomes the focus of the European Union's political-economic strategy. During this, previously established beliefs about the connection between competitiveness and prosperity as well as existing European and global economic structures are being questioned. To enforce particular interests, the power struggles between member states, capital fractions and the EU are consequently focusing on the transformation process. In the context of the green transformation, this article sets out to analyze, firstly, discursive and institutional shifts in relation to competitiveness and, secondly, shifts in power relations in the EU. The analysis comes to two main conclusions: First, at the level of ideas about competitiveness and the institutions in this context, there are continuities with previous European political-economic strategies. Second, the transformation process is shaped by a complex interplay of ideas about competitive sustainability and vested interests that ensure selective translation of ideas into EU political-economic strategy.

Keywords: European Green Deal, competitiveness, critical policy analysis, organized economic interests

* Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) und Prae-Doc am Institut für Sozialwirtschaft, Johannes Kepler Universität Linz, E-Mail: laura.porak@jku.at, ORCID: 0000-0003-1535-2554
Danksagung: Ich möchte meinen Arbeitskolleg*innen von SPACE und den Teilnehmer*innen des Momentum 2022 (Track 2 Industriepolitik) für ihre fortwährende Diskussionsbereitschaft danken. Zudem möchte ich Samuel Decker und den beiden anonymen Reviewer*innen für ihre Kommentare zu diesem Artikel danken.
Funding: Diese Arbeit wurde vom Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) unter dem Grant ZK60-G27 unterstützt.



1. Einleitung

Im Dezember 2019 veröffentlicht die neue Europäische Kommission den *Europäischen Grünen Deal*. Das Dokument wird von Präsidentin Ursula von der Leyen als Europas „Mann-auf-dem-Mond-Moment“ gepriesen, soll bis 2050 Klimaneutralität durch einen weitreichenden Umbau der europäischen Wirtschaft erreichen und so den Wohlstand Europas angesichts der Klimakrise sichern. Die grüne Transformation wird damit zum Schwerpunkt der politisch-ökonomischen Strategie der Europäischen Union (EU). Diese Neuausrichtung wird in der folgenden *Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum* (2020) als wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit bezeichnet. Das Konzept knüpft an den Diskurs um Wettbewerbsfähigkeit an, der die europäische politisch-ökonomische Strategie seit der *Lissabon-Strategie* (2000) prägt. Demnach ermöglicht Wettbewerbsfähigkeit die Sicherstellung von Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Jedoch gewinnt im Zuge der grünen Transformation auch die offene strategische Autonomie der europäischen Wirtschaft an politischer Bedeutung. Dies impliziert einen Wandel der Ideen über den Weltmarkt: Während Wettbewerbsfähigkeit die Verteidigung der ökonomischen Position (und des eigenen Wohlstands) auf liberalisierten Märkten meint, suggeriert das Ziel der offenen strategischen Autonomie, dass Abhängigkeiten vom bzw. auf dem Weltmarkt reflektiert und problematisiert werden. Dies bedeutet eine Neubewertung globaler Produktionsprozesse und Lieferketten, die im Kontext von geopolitischen Spannungen zwischen China, den USA, Russland und Europa zu verstehen ist. Infolgedessen erscheint die Integration in und besonders die Abhängigkeiten vom Weltmarkt umstrittener als in den vergangenen 40 Jahren (Lavery/Schmid 2021). Dieses Misstrauen wird durch die Covid-19-Pandemie und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine verstärkt (Eckert 2021; von Homeyer et al. 2022). Doch prägen diese geopolitischen und ökonomischen Ereignisse nicht nur die politisch-ökonomische Strategie der EU, sondern die Strategie trägt auch zur Neuordnung von globalen und europäischen ökonomischen Strukturen und Machtverhältnisse bei. Entsprechend erklären sich die vielfältigen Versuche organisierter ökonomischer Interessen (besonders der europäischen Industrie, die bei der grünen Transformation vor großen Herausforderungen steht), aber auch der Mitgliedstaaten, auf die Ausgestaltung des Transformationsprozesses einzuwirken (Eckert 2021; Ryner 2021). In dieser Gemengelage

fokussieren die politischen Bestrebungen meist eine Lösung der ökologischen Krise durch Innovationen bzw. Effizienzgewinne und verbleiben damit im Modus der ökologischen Modernisierung (Brand 2016). Ziel dieses Beitrags ist es, den gegenwärtigen grünen Transformationsprozess in der Europäischen Union sowie dessen treibende Kräfte besser zu verstehen: Genauer wird argumentiert, dass man sich, um ein Verständnis des Prozesses und möglicher Konsequenzen für die europäische Wirtschaft zu erlangen, mit den zugrunde liegenden Ideen und die diese hervorbringenden Machtverhältnissen auseinandersetzen muss. Dieses Argument baut auf drei zentralen Annahmen auf (siehe Kapitel 2): (1) In Diskursen zirkulierende Ideen bzw. Wissensbestände werden verwendet, um geopolitische oder sozio-ökonomische Ereignisse zu beschreiben. Damit werden die Ereignisse jedoch auch erst konstituiert. (2) Ideen und Wissensbestände definieren das Feld des Denk- und Machbaren und tragen so auch zur Konstruktion von Interessen bei. Machtverhältnisse bestimmen letztlich den Erfolg von Ideen und Interessen in politischen Prozessen. Und (3) Institutionen, Machtverhältnisse und Ideen bedingen sich wechselseitig. Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen: Was versteht die Europäische Union unter wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit und welche Ideen über die Wirtschaft und Nachhaltigkeit liegen dem zugrunde? Wie werden diese Überlegungen in politische Maßnahmen und Institutionen übersetzt? Welche Rolle spielen Machtverhältnisse und organisierte Interessen in diesem Zusammenhang?

Die inhaltliche Analyse des Konzepts der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit verdeutlicht auf Ebene der Ideen und Institutionen Kontinuitäten zur *Lissabon-Strategie* (2000) und *Europa 2020* (2010). Dies verdeutlicht, dass die gegenwärtige Strategie auf früheren EU-Strategien aufbaut. Ferner zeigt sich, dass die grüne Transformation zur Kompetenzverlagerung auf EU-Ebene beigetragen hat, während Schlüsse auf andere Machtverhältnisse eine detailliertere Betrachtung erfordern. Mit dieser Arbeit leiste ich zwei zentrale Beiträge: Erstens setzte ich mich mit den (imaginierten) Vorstellungen über die grüne Transformation und die politisch-ökonomische Strategie der EU auseinander. Damit trage ich zur Debatte über den *Europäischen Grünen Deal* bei. Zweitens beschäftige ich mich mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen, die den europäischen grünen Transformationsprozess prägen.

Damit leiste ich einen Beitrag zur Literatur über Machtverhältnisse in der EU.



Im Folgenden werde ich einen Überblick über die Debatte in Bezug auf den *Europäischen Grünen Deal* geben und argumentieren, dass die zugrunde liegenden Ideen einen genaueren Blick verdienen. Dann werde ich die theoretischen Annahmen, auf denen mein Argument aufbaut, skizzieren. Im Anschluss stelle ich meine Analyse der Ideen über wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit und ihre Einbettung in das die europäische grüne Transformation dominierende Narrativ vor. Anschließend werden die Umsetzung des Konzepts auf europäischer Ebene sowie zugrunde liegende Machtverhältnisse und deren transformativer Charakter diskutiert.

2. Literatur über den Europäischen Grünen Deal

Die Literatur über den *Europäischen Grünen Deal* (EGD) beschäftigt sich hauptsächlich mit vier Themen: (1) den Bedingungen, unter denen der EGD entstand; (2) das Design bzw. der Aufbau des EGDs; (3) die Auswirkungen der krisenhaften vergangenen zwei Jahre auf den EGD (also der Covid-19-Pandemie und des Ukrainekriegs) und (4) die Eignung des EGD, um die anvisierten Zielsetzungen und besonders den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit zu erreichen. Im Folgenden werden die zentralen Argumente dieser Literaturstränge vorgestellt und argumentiert, dass ein Blick auf die der europäischen grünen Transformation zugrunde liegenden Ideen einen bereichernden Beitrag zur derzeitigen wissenschaftlichen Debatte liefern kann.

Erstens werden der steigende zivilgesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Druck durch die globalen, aber auch in Europa immer deutlicher erkennbaren Auswirkungen der Klimakrise und die sich verändernde ökonomische und geopolitische Weltordnung als Entstehungskontext des EGDs genannt (Lavery/Schmid 2021; Meunier/Nicolaidis 2019; Eckert 2021): Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008) werden die amerikanische Hegemonie und der Washington-Konsens vermehrt infrage gestellt. Zudem tragen die steigende ökonomische Bedeutung von China, anhaltende geopolitische und ökonomische Spannungen mit Russland, der Austritt der USA aus dem Paris-Abkommen (2015) unter Trump und veränderte Produktionsbedingungen zur Dezentralisierung der Weltordnung bzw. zur ‚neuen globalen Unordnung‘ (Lavery/Schmid 2021) bei. Dies soll von Europa eine Neupositionierung auf dem Weltmarkt erfordern, die mit dem EGD sowie wettbewerbsfähiger Nachhal-

tigkeit und strategischer Autonomie angestrebt wird (Ryner 2021). Zweitens zielt der *Europäische Grüne Deal* als umfassende Strategie, die unterschiedlichen Politikfeldern innere Kohärenz gibt, auf eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Damit wird ein Transformationspfad für die europäische Wirtschaft definiert, während zugleich betont wird, dass die Strategie auf bestehenden europäischen Institutionen und ökonomischen Strategien aufbaut (Lavery/Schmid 2021; Paleari 2022). Entsprechend besteht eine enge Koppelung zwischen Klima-, Energie- und Innovationspolitiken, sodass Bongardt und Torres (2022) den EGD gar als dritten Baustein des wettbewerbsorientierten ökonomischen Modells Europas bezeichnen. Drittens wird die Covid-19-Pandemie als Moment beschrieben, in dem die Ziele des EGD in der EU verfestigt und teils gar verstärkt wurden (Eckert 2021; von Homeyer et al. 2022). Demgegenüber wird die gegenwärtige Energiekrise, die sich in den vergangenen Jahren durch anhaltende Spannungen mit Russland zugespitzt hatte, und der damit einhergehende Bau von neuer fossiler Infrastruktur als Gefahr für die Verwirklichung der Ziele gesehen (‚carbon-lock-in‘). Doch wird auch hervorgehoben, dass es für eine endgültige Einschätzung noch zu früh sei (Ryner 2021; von Homeyer et al. 2022). Viertens wird die Fähigkeit des EGD und der nachfolgenden Strategien (wie *Fit for 55*) diskutiert, die gesetzten Ziele zu erreichen (Eckert 2021; Wolf et al. 2021; Skjærseth 2021). Bei dieser Debatte stehen die anvisierten Ziele der ‚Fairness‘ und ‚Nachhaltigkeit‘ im Vordergrund; so wird etwa kritisiert, dass *Fit for 55* als Strategie zur Umsetzung des EGD nur eine Reduktion von 47 Prozent vorsieht, jedoch eine Reduktion von 55 Prozent in den Raum stellt (Fleming/Mauger 2021). Darüber hinaus wird bezweifelt, dass die geplanten Investitionen genügen, um den EGD unter Einhaltung von sozialer Gerechtigkeit umzusetzen (Bongardt/Torres 2022; Pianta/Lucchese 2020).

Der kurze Literaturüberblick zeigt, dass die politischen Instrumente bzw. Institutionen, veränderte geopolitische Bedingungen sowie mögliche Effekte der europäischen grünen Transformation im Vordergrund der Diskussion stehen. So argumentiert etwa Eckert (2021), dass die lange die EU dominierenden Normen des Multilateralismus und liberalen Internationalismus angesichts der jüngsten geopolitischen Entwicklungen durch Ziele wie strategische Autonomie hinterfragt werden. Oder Fleming und Mauger (2021) bezweifeln, dass die im Zuge des EGD geplanten Investitionen ausreichen, um die Ziele unter Einhaltung von



sozialer Gerechtigkeit zu erreichen. Doch werden die Vorstellungen über die Wirtschaft sowie deren Zusammenhang mit Machtverhältnissen in der EU (etwa zwischen Kapitalfraktionen oder Mitgliedstaaten) nicht betrachtet. Entsprechend wird grünes Wachstum bzw. die Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum nicht als ein möglicher, sondern als einzig möglicher Transformationspfad dargestellt. Demgegenüber argumentiere ich, dass die zugrunde liegenden Ideen Aufmerksamkeit verdienen, da diese das Feld des Denk- und Machbaren – auch in Bezug auf politisches Handeln – einschränken (Foucault 1982; Jäger 2015; Bieler/Morton 2008). Dieses Argument besteht aus drei Annahmen: (1) In Diskursen zirkulierende Ideen bzw. Wissensbestände werden verwendet, um reale (also materielle) Ereignisse zu beschreiben. So tragen Ideen, wie in diesem Fall Vorstellungen über die Wirtschaft, maßgeblich zur Konstruktion von sozialer Realität (und Interessen) bei. (2) Unterschiedliche Akteur*innen bringen eigene Deutungen hervor. Die dominierenden Ideen werden von Machtverhältnissen bzw. Koalitionen zwischen Akteur*innen bestimmt. (Gesellschaftliche) Machtverhältnisse bestimmen die Zirkulation von Ideen in der Gesellschaft, in politischen Prozessen oder Institutionen (Jäger 2015; Foucault 1982; Brand et al. 2022; Carstensen/Schmidt 2016): In die europäische grüne Transformation sind unterschiedliche Interessensgruppen eingebunden. Deren Reflexion auf geopolitische und sozio-ökonomische Entwicklungen, aber auch deren grundlegende Vorstellungen über wirtschaftliche Zusammenhänge auf dem Weltmarkt und in der EU prägen den EGD. (3) Institutionen und Ideen entwickeln sich als Resultat von Machtverhältnissen auf globaler, nationaler und europäischer Ebene entlang von Pfadabhängigkeiten in wechselseitiger Abhängigkeit (Buch-Hansen/Wigger 2011). Zwar erhalten bei der Umsetzung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit organisierte ökonomische Interessen und Expert*innen im *Industrieforum* durch die Möglichkeit, Transformationspläne für ihre Sektoren mitzuentwickeln, eine außerordentliche Position (Ryner 2021; Bongardt/Torres 2022), doch werden die Klimaziele rechtlich abgesichert (z. B. durch das *Europäische Klimagesetz*) und durch wirtschafts- und industriepolitische Strategien (z. B. *Fit for 55* oder *Stepping Up Europe's 2030 climate ambition*) verfolgt. Ferner soll das Europäische Semester die Fortschritte der Mitgliedstaaten koordinieren, womit es (auch) eine industriepolitischere Ausrichtung erhält (Bongardt/Torres 2022). Darüber hinaus wurden in der Covid-

19-Pandemie die Hilfgelder an die Umsetzung von mit der Europäischen Kommission ausgehandelter Pläne geknüpft, womit ein starker Umsetzungsanreiz geschaffen und die Rolle der Kommission im europäischen Institutionengefüge gestärkt wurde (Dupont et al. 2020; Eckert 2021; Bongardt/Torres 2022). Dieser kurze Einblick in den Prozess um den EGD zeichnet einen komplexen Prozess im Hinblick auf Machtverhältnisse auf europäischer Ebene, der in Kapitel 4 näher erörtert wird.

3. Methodischer Ansatz und Vorgehen

Zur Bearbeitung des Forschungsinteresses werden Elemente der Historisch-Materialistischen Policy-Analyse (HMPA) (Brand et al. 2022; Leubolt 2014) und Kritischen Diskursanalyse (KDA) (Fairclough 2013; Jäger 2015; Wodak/Meyer 2001) kombiniert. Die HMPA betrachtet politische Prozesse als konfliktbehaftete, machtdurchtränkte Auseinandersetzungen zwischen Akteur*innen mit unterschiedlichen Interessen und (finanziellen) Ressourcen (Brand et al. 2022). Dies umfasst unterschiedliche politische Akteur*innen (etwa die EU-Mitgliedstaaten, verschiedene EU-Institutionen oder nationalstaatliche Institutionen), zivilgesellschaftliche Akteur*innen (NGOs etc.) und wirtschaftliche Akteur*innen (Unternehmen etc.) bzw. Kapitalfraktionen, die den eigenen Profit sicherstellen möchten. Unter Bezug auf Gramscis (2012) Konzept der Hegemonie wird argumentiert, dass ressourcenstarke Akteur*innen zur Durchsetzung ihrer Interessen (materielle oder ideelle) Zugeständnisse gegenüber anderen (kollektiven) Akteur*innen machen müssen. Dies zeigt sich etwa bei Standortpolitiken: Die Kapitalakkumulation der inländischen Industrie wird sichergestellt, doch schaffen bzw. erhalten sie auch Arbeitsplätze und können so als Kollektivinteresse geframt werden. Diskurse haben also eine zentrale Rolle bei der Legitimation von politischen Entscheidungen, weshalb eine KDA die HMPA gewinnbringend ergänzen kann. Diskurse sind im Verständnis der KDA ein „Fluss von Wissen durch den Raum“ und die Zeit (Jäger 2015: 31). Doch sollen Diskurse nicht lediglich der Beschreibung von sozialer Realität dienen, sondern durch die Denk- und Handlungsimplicationen von Wissensbeständen auch maßgeblich zur Konstitution von Realität beitragen. Ferner regulieren gesellschaftliche Machtverhältnisse die Zirkulation von Diskursen. Beide Ansätze teilen somit ihr produktives Verständnis



von Macht. Ziel einer KDA ist die Analyse der in politischen Diskursen zirkulierenden Wissensbestände. Von den Wissensbeständen lässt sich auf gesellschaftliche Machtverhältnisse schließen, die mit den Ergebnissen der HMPA kontrastiert und ergänzt werden können.

Aufbauend auf diesen Ansätzen gestaltet sich die empirische Analyse folgendermaßen: Erst wurden die *Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum* seit dem *Europäischen Grünen Deal* (2019) (i.e. 2020, 2021, 2022 und 2023) unter Anwendung eines KDA-Ansatzes analysiert und die Vorstellungen der Europäischen Kommission über wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit rekonstruiert. Dies mündet in einer Kontextanalyse (Brand et al. 2022) des Konzepts der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit (s. Kapitel 4.1). Diese Dokumente wurden ausgewählt, weil in der *Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum* (2020) erstmals das Konzept der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit eingeführt wurde und das Europäische Semester ein zentrales Instrument für dessen Umsetzung sein soll. Dies wurde unter Rückgriff auf die HMPA und besonders die Kontext- und Prozessanalyse (Brand et al. 2022) durch eine Analyse der Institutionen zur Umsetzung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit (s. Kapitel 4.2) sowie den Machtverhältnissen in diesen Institutionen (s. Kapitel 4.3) ergänzt. Zur Analyse der Machtverhältnisse werden die Durchlässigkeit bzw. der Zugang zu politischen Prozessen und die Vergabe von Fördergeldern betrachtet. Als Datengrundlage wurden unterschiedliche Policy-Dokumente der Europäischen Kommission, aber auch die Webseite der Europäischen Kommission verwendet.

4. Darstellung des Kontexts und empirische Analyse von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit

Im folgenden Kapitel werden die zentralen Analyseergebnisse dargestellt. In Kapitel 4.1 wird wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit anhand von Elementen der KDA analysiert und dann zu einer Kontextanalyse zusammengesetzt. In Punkt 4.2 werden die politischen Institutionen zur Durchsetzung betrachtet und in Bezug zu den Ideen über wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit gesetzt. Zuletzt werden in Kapitel 4.3 die sich durch die grüne Transformation verschiebenden Machtverhältnisse zwischen ausgewählten Akteur*innen (EU-Ebene, Mitgliedstaaten und der europäischen Industrie) analysiert.

4.1 Das Konzept von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit: Darstellung der zugrunde liegenden Ideen und ihres Entstehungskontextes

Der *Europäische Grüne Deal* wird als neue Wachstums- und Industriestrategie der EU bezeichnet, mit der auf strukturelle Veränderungen und Herausforderungen (i.e. die Klimakrise, technologischer Fortschritt und demografischer Wandel) reagiert wird. Ziel ist es, die EU zu einer nachhaltigen, fairen, unabhängigen und wohlhabenden Wirtschaft zu machen. Besonders die Zielsetzung der Unabhängigkeit setzt sich von den Zielen von *Europa 2020* (2010) (grünes, smartes und inklusives Wachstum) ab. Um die Ziele zu erreichen, sollen die Klimaziele mit dem europäischen Sozialsystem, dem Erhalt von Arbeitsplätzen, mit Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sowie der Herstellung von strategischer Autonomie vereinbart werden.

„Die Entwicklung hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell, das durch digitale und umweltfreundliche Technologien ermöglicht wird, kann aus Europa eine Vorreiterin des Wandels machen. Eine Führungsrolle beim Umweltschutz und eine starke, innovative industrielle Basis müssen als zwei Seiten einer Medaille betrachtet werden, durch die der EU im Wettbewerb ein Pioniervorteil entsteht“ (Europäische Kommission 2019: 4).

Wie aus diesem Zitat aus der *Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020* ersichtlich wird, stellen Digitalisierung und Nachhaltigkeit für die Kommission keine konkurrierenden Ziele dar, sondern bedingen sich gegenseitig. In Bezug auf beide Ziele herrscht ein großer Fortschrittsoptimismus und entsprechend stehen die Effizienzgewinne im Vordergrund, während kaum über Umwelteffekte (durch Energie- und Ressourcenverbrauch) gesprochen wird. In diesem Sinne werden die digitale und grüne Transformation als Wettbewerbsvorteil für die europäische Industrie gesehen, da künftige externe Anforderungen einer ressourcenbegrenzten Welt durch Innovation vorweggenommen, Pioniervorteile gegenüber anderen Marktteilnehmer*innen sichergestellt und durch Produktivitäts- bzw. Effizienzgewinne die relative Weltmarktperformanz der europäischen Wirtschaft verbessert wird. In dieser Aussage spiegelt sich die Idee der schöpferischen Zerstörung von Schumpeter (1912), wobei durch Innovation eine Win-win-Situation für Unternehmen, die Gesellschaft und die Umwelt entsteht. Folglich werden Innovations- und Forschungspro-



litik sowie die Entwicklung grüner Märkte als wichtige Hebel der grünen Transformation gesehen. Zugleich gewinnt im Kontext von geopolitischen Spannungen offene strategische Autonomie in Bezug auf Rohstoff- und Innovationspolitiken (besonders bei Technologieentwicklung) an Bedeutung:

„Der einzige Weg zur Gewährleistung des Produktivitätswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit Europas und damit der Wahrung seiner technologischen Souveränität – einem zentralen Aspekt seiner offenen strategischen Autonomie – ist die Entwicklung einer transformativen und zukunftsorientierten Forschungs-, Innovations- und Verbreitungsstrategie auf der Grundlage des wissenschaftlichen und technologischen Fachwissens Europas“ (Europäische Kommission 2019: 4).

Das Zitat verdeutlicht, dass die Diskurse um Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie über das Konzept der Produktivität gekoppelt werden: Produktivitätswachstum erscheint als Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Souveränität und Autonomie. Diese Ziele werden als Teil einer Innovations-fokussierten

Industriestrategie verfolgt. Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie werden also nicht als Gegenteil betrachtet: Vielmehr ist eine wettbewerbsfähige Wirtschaft autonom, da die Produkte den ‚Test‘ des Weltmarkts bestehen – also auch gegenüber Waren aus Drittländern attraktiv sind und gekauft werden. Da ausländische Produkte im Vergleich zu heimischen Produkten nicht besser abschneiden und daher bei deren Konsum keine Wohlstandsverluste entstehen, reduziert dies die Abhängigkeit von Drittländern.

Wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit besteht aus vier Dimensionen, die auf jeweils bestimmten Narrativen aufbauen: (1) Umwelt, (2) Produktivität, (3) Fairness und (4) Stabilität. (1) Klima- und umweltbedingte Herausforderungen zu bewältigen wird als „entscheidende Aufgabe dieser Generation“ (Europäische Kommission 2019: 5) bezeichnet. Die grüne Transformation zielt im Wesentlichen auf Effizienzsteigerungen durch Innovation und den Ausbau von erneuerbarer Energie, während kaum Veränderungen der ökonomischen Strukturen angestrebt werden. Stattdessen wird die Chance zur Modernisierung des europäischen Kapitalstocks und für strukturelle Reformen zur Stärkung

Abbildung 1: Wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit; Darstellung Europäische Kommission (2019)



der Wettbewerbsfähigkeit betont. Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit als Effizienzsteigerung dominiert die EU. (2) Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung und Klimakrise soll das Produktivitätswachstum die künftige Wettbewerbsfähigkeit und das Beschäftigungs- und Wohlstandsniveau bestimmen. Forschung, Innovation, Bildung, aktivierende Arbeitsmarktpolitik und ein unternehmensfreundliches Umfeld (z. B. entsprechende Regulierungen, Verwaltungsreformen und Infrastruktur), aber auch die institutionellen Rahmenbedingungen des Binnenmarkts (etwa verbindliche sozial-ökologische Normen und Wettbewerbsrecht) sollen zum Produktivitätswachstum beitragen (enge Verknüpfung mit Dimension (1)). (3) Nach dem EGD wird verstärkt betont, dass sich Mitgliedstaaten und Regionen bei der Umsetzung der Klimaziele in unterschiedlichen Ausgangslagen befinden. Zur Wahrung von Fairness sollen regionale und soziale Ungleichgewichte, die sich vor und während der europäischen grünen Transformation einstellten, berücksichtigt und diesen durch finanzielle Unterstützung (etwa durch den *Mechanismus für einen gerechten Übergang* für Regionen oder durch Bildung und Arbeitnehmer*innenrechte für Individuen) entgegenwirkt werden. Damit soll „eine Wirtschaft im Dienste der Menschen geschaffen werden“ (Europäische Kommission 2019: 5). Letztlich zielt diese Dimension also auf eine Stärkung von Regionen bzw. Individuen und folgt so der Rationalität der Leistungsgerechtigkeit bzw. Chancengleichheit. (4) Kurzfristig sollen „solide und tragfähige öffentliche Finanzen“ (Europäische Kommission 2019: 5) und langfristig eine Stärkung der europäischen Wirtschafts-, Fiskal- und Finanzpolitik zur Stabilität der europäischen Wirtschaft beitragen. Dies soll der Stärkung der internationalen Rolle des Euro dienen und zum Einfluss, aber auch zur Unabhängigkeit Europas auf dem Weltmarkt beitragen. Zudem sollen kurz- und langfristig die öffentlichen Finanzen ‚verbessert‘ werden: Auf der Ausgabenseite soll grünes Wachstum durch öffentliche Investitionen in Bildung, Beschäftigung und Innovation gefördert werden. Doch wird den Ausgaben unter Bezug auf die Idee des ausgeglichenen Staatshaushalts eine Grenze auferlegt, womit die stabilitätsorientierte Fiskalpolitik als Bestandteil der Wirtschafts- und Währungsunion verfestigt wird (Princen/van Esch 2016; Heimberger et al. 2020).

Die vier Dimensionen von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit deuten auf ein breites Verständnis von Nachhaltigkeit hin. Nachhaltigkeit bezieht sich auf Umwelt, Produktivität, Fairness und Stabilität, doch

sind die Dimensionen auch eng verknüpft: Nachhaltigkeit wird im fortschrittsoptimistischen Sinne als Produktivitätssteigerung und Minimierung der Ressourcenverwendung verstanden. Die Digitalisierung soll zur Effizienzsteigerung und so zur Nachhaltigkeit beitragen. Auch die Koppelung von Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit erfolgt über Effizienz. Ebenso werden Fairness und Produktivität verknüpft: Investitionen in Fähigkeiten und Kompetenzen sollen einerseits die Produktivität erhöhen und andererseits Arbeitnehmer*innen befähigen, sich auf dem (zukünftigen) Arbeitsmarkt durchzusetzen. Auch eng verknüpft, aber gewissermaßen konträr sind Stabilität und Fairness bzw. Umwelt. Das Ziel der Stabilität schränkt die Ausgaben ein, die für die sozial-ökologische Transformation aufgewendet werden können. Obwohl dieser Widerspruch durch die Beihilfen im Kontext der Covid-19-Pandemie aufgeweicht wird (siehe 4.2 und 4.3), kann er nicht ganz aufgelöst werden.

4.2 Operationalisierung und Implementierung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit

Das folgende Kapitel widmet sich der Prozessanalyse der Implementierung der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit. Die Gesetzespakete bauen auf umwelt- und klimapolitischen EU-Rahmenwerken auf und fokussieren die CO₂-Bepreisung durch das *Europäische Emissionshandelssystem* (EU-ETS), die Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energie (Bongardt/Torres 2022). Auch nationale Herausforderungen, die im EGD unter der Dimension Fairness diskutiert werden, wurden schon in der *Lastenteilungsverordnung* ((EU) 525/2013) berücksichtigt, die für Mitgliedstaaten spezifische jährliche Grünhausgas-(GHG)-Emissionsreduktionen (außerhalb des EU-ETS) definiert. Mit dem *Europäischen Grünen Deal* und *Stepping Up Europe's Climate Ambition 2030* wurden die klimapolitischen Ambitionen der EU erhöht und mit *Fit for 55* ein Gesetzespaket verabschiedet, das den institutionellen Rahmen zur Erreichung der Klimaziele für Mitgliedstaaten definiert. Die konkrete Umsetzung der Ziele wird jedoch nicht in dem Paket festgelegt. Dennoch spielt die europäische Ebene bei der Koordination durch den (1) *Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa* und (2) das *Europäische Semester* eine entscheidende Rolle in der europäischen grünen Transformation, die sich während der Covid-

19-Pandemie verfestigt. Im Folgenden wird das Zusammenspiel dieser Bereiche dargestellt.

Erstens soll der EU durch den *Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa* „eine Katalysatorrolle für private und öffentliche grüne Investitionen zukommen“ (Europäische Kommission 2019: 6) und so der Rahmen der grünen Transformation definiert werden. Bei den öffentlichen Investitionen ist zwischen europäischen und nationalen Investitionen zu unterscheiden. Die EU-Investitionen werden im *Mehrfährigen Finanzrahmen* (MFR) (2021–2027) (siehe European Commission, Directorate-General for the Budget 2021) festgelegt.

Die wichtigsten Ausgaben des MFR sind Kohäsionspolitik, die gemeinsame Agrarpolitik und neue Prioritäten wie die grüne Transformation (30 % des MFR), das Forschungsförderungsprogramm *Horizon Europe* oder der Mechanismus für einen Gerechten Übergang (JTF). Der mit dem Regionalfonds gekoppelte JTF soll Regionen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, unterstützen und so eine sozial gerechte grüne Transformation sicherstellen, während *Horizon Europe* die Entwicklung von grünen und digitalen Technologien fördern soll. Diese beiden Instrumente knüpfen an die Dimension von Fairness, Produktivität und Nachhaltigkeit an (siehe 4.1). Zudem soll *Horizon Europe* zur digitalen Souveränität beitragen, womit die enge Verschränkung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit und digitaler Souveränität deutlich wird. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen (Klimakrise und Covid-19-Pandemie) soll die ‚Flexibilität‘ des MFR gewahrt werden, während zugleich das Prinzip des ausgeglichenen Staatshaushalts als Leitlinie dient. Es wird also die Bedeutung von öffentlichen Investitionen für die grüne Transformation anerkannt, aber besonders vor der Pandemie wurde am Grundsatz der Stabilität (4. Dimension) festgehalten. Um der in der Pandemie drohenden Rezession entgegenzuwirken, wurden ab 2020 die öffentlichen Investitionen durch *NextGenerationEU* (800 Mrd. Euro) erhöht. Der größte Anteil der Gelder (732 Mrd. Euro) wird nach den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie an die Mitgliedstaaten vergeben, die restlichen Gelder werden im Rahmen verschiedener EU-Programme an Mitgliedstaaten ausgezahlt (z. B. *REACT-EU*, *Horizon Europa*, *InvestEU* und der JTF). Um eine sozial gerechte grüne Transformation zu ermöglichen, werden also die EU-Eigenmittel erhöht. Der Grundsatz der ‚fiskalischen Disziplin‘ beschränkt somit weiterhin das politische Handeln, doch werden spätestens seit der Pandemie fiskalische Handlungsräume vermehrt ausgeschöpft.

Ferner sollen öffentliche Investitionen durch private Investitionen multipliziert werden. Zur Gestaltung von Transformationspfaden und Herstellung von grünen Märkten erfolgt eine Steuerung privater Investitionen etwa durch die *EU-Taxonomie* (Verordnung 2019/2088) oder das *Klimagesetz* (Verordnung 2021/1119). Während das *Klimagesetz* die Klimaneutralität Europas bis 2050 rechtlich absichert und somit Investitionsrisiken in grüne Technologien minimiert, klassifiziert die *EU-Taxonomie* Wirtschaftsbereiche und wirtschaftliche Prozesse sehr kleinteilig nach ihrer Nachhaltigkeit. Hier zeigt sich das Verständnis von Nachhaltigkeit als Effizienzsteigerung, das in der EU dominiert: Wirtschaftliche Prozesse werden als ‚nachhaltig‘ bewertet, sofern diese effizienter (i.e. ressourcensparender) als alternative Prozesse sind. Referenzgröße kann derselbe Produktionsprozess sein, aber auch ein anderer (z. B. Stahl- und Textilproduktion oder unterschiedliche Produktionsweisen zur Herstellung von Stahl). Medial viel diskutiert war besonders die Einstufung von Erdgas und Atomstrom als ‚Brückentechnologie‘.¹

Zweitens wird zur Koordination nationaler Transformationsprozesse das *Europäische Semester* nach dem EGD durch die *Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum* und ein Kapitel über die grüne Transformation in den Länderberichten reformiert. Damit sollen Synergien zwischen umwelt-, sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ermöglicht werden. Die Transformationsfortschritte der Mitgliedstaaten werden anhand der Eurostat-SDG-Indikatoren² und Indikatoren für grünes Wachstum (Standardtabelle C.6 in den Länderberichten seit 2020) bewertet. Zugleich werden, wie schon vor dem EGD, makroökonomische Kennzahlen erhoben (etwa BIP-Wachstum, Leistungsbilanz, Haushaltssaldo, Arbeitsproduktivität, Lohnstückkosten, realer effektiver Wechselkurs; zur Übersicht siehe Tabelle 1.1 „Wichtige Wirtschafts- und Finanzindikatoren“ in den jährlichen Länderberichten im Europäischen Semester). Auch im *Scoreboard für makroökonomische Ungleichgewichte*, dem rechtlich verbindlichen Teil des *Semesters*, werden – in Orientierung an der Dimension Stabilität – nach wie vor der reale effektive Wechselkurs, die Veränderung der Exportanteile (über 5 Jahre) und Lohnstückkosten (über 3 Jahre) zur Messung von nationaler Wettbewerbsfähigkeit

1 Etwa in der Tagesschau oder der BR24.

2 Die Indikatorengruppe der Sustainable Development Goals (SDG) besteht aus 17 Indikatoren, die die Sustainable Development Goals messen.



bzw. makroökonomischen Ungleichgewichten in der EU verwendet (für eine ausführlichere Debatte dieser Indikatoren siehe Gräbner-Radkowitz/Hager 2021). Da diese klassischen makroökonomischen Indikatoren und jene zur Messung der Transformationsfortschritte in unterschiedlichen Kapiteln der Länderberichte vorkommen, stehen sie gewissermaßen nebeneinander. So wird der Zusammenhang von Umweltbelastung und preislicher Wettbewerbsfähigkeit nicht behandelt oder im Kapitel zu Nachhaltigkeit wird über die GHG-Emissionen der Industrie gesprochen, doch im Sinne der ökologischen Modernisierung (Brand 2016) wird keine Produktionseinschränkung, sondern eine Effizienzsteigerung gefordert. Auch im *Europäischen Semester* zeigt sich also die Vorstellung von Nachhaltigkeit als Effizienzsteigerung – zugleich aber auch ein starker Fokus auf Stabilität. Mit der Covid-19-Pandemie wird der *Wachstums- und Stabilitätspakt* suspendiert, die *Aufbau- und Resilienz-Fazilität* in das *Europäische Semester* integriert und so die Dimension Nachhaltigkeit gegenüber Stabilität gestärkt: 2021 wurden *Aufbau- und Resilienz-Pläne* für den Zeitraum bis 2027 zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten vereinbart, wovon min. 30 Prozent für grüne Investitionen aufzuwenden sind. Die Integration in das Semester soll eine Kontrolle der Umsetzung und die daran geknüpfte Vergabe der *NextGenerationEU*-Gelder an die Mitgliedstaaten ermöglichen. Zudem kann die Europäische Kommission bei der Umsetzung ‚nachbessern‘, wobei die Gelder einen starken Anreiz setzen, den Wünschen der Kommission nachzukommen. Dies verschiebt die Machtverhältnisse zugunsten der EU-Ebene und transformiert die Rolle der Euro-

päischen Kommission als Durchsetzerin von Reformen während der Euro-Krise zu einer aktiven Förderin von Industriepolitik (Schmidt 2021). In diesen Reformen des *Europäischen Semesters* zeigt sich das langfristige Ziel der Dimension Stabilität (Stärkung der europäischen Wirtschaftspolitik), aber auch der Versuch, die notwendigen Mittel aufzustellen, um Fairness und Nachhaltigkeit zu vereinbaren. Letztlich bleibt aber zweifelhaft, ob die finanziellen Mittel ausreichen, um eine sozial-ökologische Transformation sicherzustellen (s. dazu z. B. Fleming/Mauger 2021).

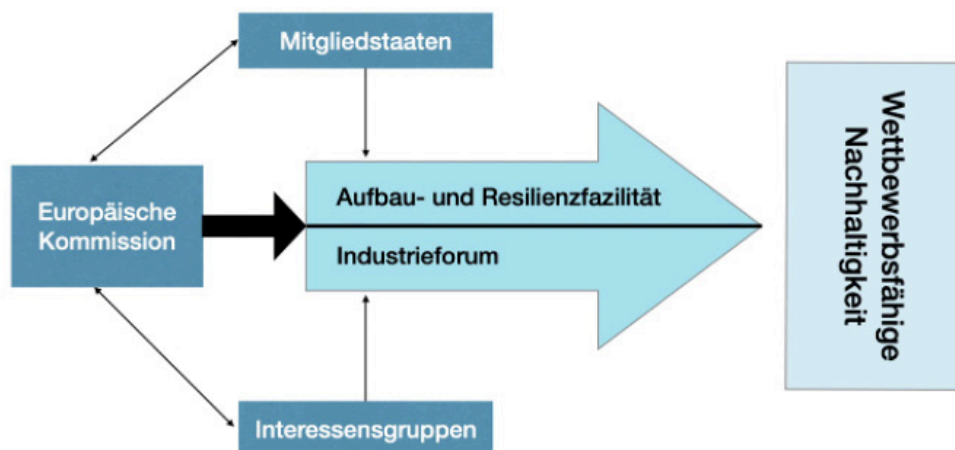
4.3 Die Machtverhältnisse während der europäischen grünen Transformation

Die Analyse hat während der grünen Transformation auf drei Ebenen Verschiebungen der Machtverhältnisse in der Europäischen Union festgestellt: (1) zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, (2) zwischen den Mitgliedstaaten und (3) zwischen Industriesektoren (bzw. Interessensgruppen). (1) und (2) fokussieren sich auf die Aufbau- und Resilienzfazilität, während sich (3) auf das *Industrieforum* fokussiert (siehe Grafik 2). Das Kapitel wird mit dem *CO₂-Grenzausgleichsmechanismus* als Beispiel für die komplexen Verschiebungen der Machtverhältnisse auf EU-Ebene abgeschlossen.

Kompetenzverlagerung auf EU-Ebene

Erstens wurden (wie in Kapitel 4.2 ausgeführt) die klimapolitischen Ambitionen und das Volumen der

Abbildung 2: Akteur*innen und Institutionen im Prozess um wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit (eigene Darstellung)



öffentlichen Investitionen in die grüne Transformation im Zuge der Pandemie gesteigert (Eckert 2021; Skjærseth 2021; Dupont et al. 2020), womit auf EU-Ebene neue Einflussmöglichkeiten eröffnet werden. Dabei wird an bestehende politische Instrumente angeknüpft, aber auch über diese hinausgegangen: Das *Europäische Semester* dient der Koordination der Transformationsprozesse in den Mitgliedstaaten, aber auch, wie schon seit dessen Einführung 2011 (Biebricher 2017; Verdun/Zeitlin 2018), zur Machtausübung der Kommission über die Mitgliedstaaten. Dies zeigt sich etwa an den umfassenden Empfehlungen der Europäischen Kommission an die Mitgliedstaaten in der *Aufbau- und Resilienzfazilität* (723,8 Mrd. Euro) und die daran gekoppelte Vergabe der *NextGenerationEU*-Gelder (insgesamt 800 Mrd. Euro). Ferner wird von den 723,8 Mrd. Euro die Hälfte (385,8 Mrd. Euro) als gemeinsame EU-Schulden auf den Finanzmärkten aufgenommen. Diese Finanzierungsform wurde während der Euro-Krise von mächtigen Mitgliedstaaten (etwa Deutschland) ebenso wie ambitioniertere Klimaziele und das Aussetzen des *Stabilitäts- und Wachstumspakts* vehement abgelehnt (Schmidt 2021; Burns/Tobin 2016; Cafruny 2015). In der Covid-19-Pandemie werden diese Tabus gebrochen. In diesem Sinne wird die Andersartigkeit der Pandemie im Vergleich zur Euro-Krise in der *Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum* (2021: 5) hervorgehoben. Die erhöhten EU-Eigenmittel (durch das EU-ETS, den *CO₂-Grenzausgleichsmechanismus* und neue Unternehmensbesteuerungen), die (vorerst) zur Rückzahlung der *NextGenerationEU*-Schulden und für weitere grüne Investitionen zu verwenden sind, unterstreichen die Kompetenzverlagerung auf EU-Ebene, da ein größeres öffentliches Budget mehr Einfluss- bzw. Steuermöglichkeiten eröffnet.

Machtverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten

Zweitens sind die Machtverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten unklarer: Unterschiedliche Mitgliedstaaten konnten an unterschiedlichen Punkten ihre Interessen durchsetzen, wie exemplarisch an *NextGenerationEU* und dem *Mechanismus für einen gerechten Übergang* deutlich wird. *NextGenerationEU* wird gemäß den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie aufgeteilt. Besonders begünstigt wurden Spanien, Italien und Frankreich – Länder, in denen die Pandemie stark gewütet hatte, doch auch Deutschland und Polen erhalten überproportional viel Unterstützung.

Die Regional- und Kohäsionspolitik, die regionalen Ungleichgewichten in der EU durch die gezielte Vergabe von Fördermitteln entgegenwirken soll, wird durch den *Mechanismus für einen gerechten Übergang* (JTM) (Verordnung 2021/1056) ergänzt. Der JTM soll strukturelle Ungleichgewichte während der grünen Transformation reduzieren und so für sozialen Ausgleich sorgen. Die Verteilung ergibt sich aus der regionalen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Von den 392 Mrd. Euro (aus dem *Fonds für Kohäsionspolitik* sowie JTM) erhält Polen mit 20,00 Prozent am meisten Unterstützung. An zweiter Stelle liegt Deutschland mit 12,9 Prozent und an dritter Stelle Rumänien mit 11,1 Prozent. In dieser Verteilung spiegelt sich die polnische und deutsche Abhängigkeit von Kohle wider. Zugleich ist Deutschland jedoch einer der reichsten Mitgliedstaaten. Somit dokumentiert diese Verteilung auch die Machtposition von Deutschland in der EU (Biebricher 2018; Nunn/Beeckmans 2015; Schmidt/Thatcher 2013), während m. E. offen bleibt, ob der Mechanismus zur Verteilungsgerechtigkeit in der EU beiträgt. Auffällig ist zudem die Begünstigung von Polen – besonders vor dem Hintergrund, dass Polen bis April 2020 noch gegen das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 war (Eckert 2021). In der Aufteilung spiegeln sich also auch Machtverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten wider.

Die (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten der europäischen Industrie

Drittens stellen der hohe europäische CO₂-Preis sowie die Umwelt- und Sozialstandards für die europäische Industrie eine Herausforderung beim Erhalt ihrer Profitabilität bzw. Wettbewerbsfähigkeit dar. Aus diesem Grund gehe ich im Folgenden besonders auf die Rolle der europäischen Industrie in der grünen Transformation ein – auch wenn der Dienstleistungssektor (72,7 % vs. Industrie mit 20 %) einen größeren Anteil an der europäischen Gesamtwertschöpfung hat (WKO 2021). In der *Neuen Industriestrategie für Europa* (2020) wird die europäische Industrie als ein relativ homogener Sektor dargestellt – es werden kaum sektorale Besonderheiten bzw. Herausforderungen berücksichtigt (zumal bei den energieintensiven Sektoren). Somit wird vordergründig die zwei Jahrzehnte dominierende horizontale Industriestrategie der EU fortgeführt. Doch wird dieser Ansatz zugleich im *Industrieforum* in Ansätzen gebrochen. Dabei zeigt sich in Bezug auf die Gestaltungsmöglichkeiten von organisierten Interessen der europäischen Industrie ein ambivalentes Bild: Zwar



werden die klimapolitischen Ambitionen vehement auch gegen Widerstand durchgesetzt (Eckert 2021; Skjærseth 2021; Oberthür/Dupont 2021), doch wird mit der *Neuen Industriestrategie für Europa* (2020) auch das *Industrieforum* gegründet. Um einen offenen und partizipativen Transformationsprozess zu gewährleisten, können sich Vertreter*innen bei der Europäischen Kommission bewerben und an der Ausgestaltung der Transformation beteiligen.

Das *Industrieforum* besteht aus 19 Gewerbe- und Wirtschaftsverbänden, zwei NGOs, zwei Gewerkschaften und einem*r Vertreter*in jedes Mitgliedstaats. Das *Industrieforum* mag zwar ein Ort der Kompromissbildung zwischen unterschiedlichen Interes-

sensvertretungen sein, doch können sich wegen des technokratischen Designs der EU (Schmidt/Thatcher 2013; Wissel/Wolff 2017) besonders ressourcenstarke Akteur*innen am Transformationsprozess beteiligen. Dies zeigt sich an den geschätzten jährlichen Kosten, die Akteur*innen für Lobbyarbeit aufwenden, aber auch an dem Überhang von Industrievertreter*innen im Gegensatz zu Gewerkschaften und NGOs (siehe Tabelle 1).

Das *Industrieforum* ist in fünf Taskforces gegliedert, die zu unterschiedlichen Bereichen (etwa Sektor-spezifische Transformationen oder strategische Abhängigkeiten) arbeiten. Ihre Hauptaufgaben

Tabelle 1: Industrieforum (eigene Darstellung, Quelle: Register of Commission Expert Groups and Other Similar Entities)

Name	Typ der Organisation	Jährliche Kosten (Schätzung)
Aerospace, Security and Defence Industries Association of Europe	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	200.000–299.999 €
ARTEMIS Industry Association (Künstliche Intelligenz)	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	50.000–99.999 €
Association des Constructeurs Européens d'Automobiles	Berufsverband	2.500.000–2.749.999 €
BUSINESSEUROPE	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	4.000.000–4.499.999 €
CEMBUREAU – The European Cement Association	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	400.000–499.999 €
Climate Action Network Europe	NGO (Netzwerk aus 750 NGOs im Feld der Klimapolitik)	4.467.674 € (Gesamtbudget)
DIGITALEUROPE	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	1.500.000–1.749.999 €
EUROCHAMBRES – Association of European Chambers of Commerce and Industry	Vertretung der nationalen Wirtschaftskammern	1.250.000–1.499.999 €



EuroCommerce (Einzel- und Großhandel)	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	1.750.000–1.999.999 €
EuropaBio (Biotechnologie)	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	100.000–199.999 €
European apparel and textile confederation	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	1.000.000–1.249.999 €
European Chemical Industry Council (Chemieindustrie)	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	9.000.000–9.999.999 €
European Clusters Alliance	NGO	10.000–24.999 €
Machine Tool Industries	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	700.000–799.999 €
European Confederation of Workers' Cooperatives, Social Cooperatives and Social and Participative Enterprises	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	300.000–399.999 €
European Construction Industry Federation	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	700.000–799.999 €
European Environmental Bureau	Zusammenschluss aus 180 zivilgesellschaftlichen NGOs	5.600.394 € (Gesamtbudget)
European Round Table for Industry	Zusammenschluss aus 60 europäischen Konzernen	400.000–499.999 €
European Trade Union Confederation	Gewerkschaften	1.000.000–1.249.999 €
industriAll European Trade-Union	Gewerkschaften	300.000–399.999 €
MedTech Europe (Medizintechnik)	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	1.500.000–1.749.999 €
Orgalim – Europe's Technology Industries (Maschinenbau, Elektrotechnik, Elektronik, ICT und Metalltechnik)	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	500.000–599.999 €
SMEunited aisbl (Vertretung SME)	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	1.250.000–1.499.999 €

Vanguard Initiative	Vertretung von 30 Pionier-Regionen der Smart-Spezialisations-Strategie	500.000–599.999 €
Wind Europe (Windindustrie)	Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	1.000.000–1.249.999 €
VTT (Technical Research Center of Finland)	Think Tank	253.700.000 €

sind die Umsetzung der *Neuen Industriestrategie für Europa*. Bisher haben die Taskforces drei Interim-Reports veröffentlicht: Erstens über Key Performance Indicators – also Indikatoren zur Überwachung der Industriestrategie sowie Bewertung der grünen Transformation. Die vorgeschlagenen Indikatoren betrachten ökonomische Prozesse kleinteiliger (etwa nach Sektoren). Zweitens einen Entwurf für die Entwicklung von Transformationsplänen, der unterschiedlichen Sektoren als Leitfaden dienen soll. Auf Basis dessen sollen Vertreter*innen der europäischen Industrie Transformationspläne für ihre Sektoren ausarbeiten. Drittens ein Bericht über strategische Abhängigkeiten, in dem sechs Bereiche identifiziert werden: Rohstoffe, Batterien, pharmazeutische Wirkstoffe, Wasserstoff, Halbleiter und Cloud- bzw. Edge-Technologien. Um in diesen Bereichen eine gute Wettbewerbsposition zu haben, werden europäische Industrieallianzen gefördert. Deren Realisierung erfolgt über *Important Projects of Common European Interest* (IPCEI), die finanzielle Förderungen erhalten und weitgehend vom europäischen Wettbewerbsrecht ausgenommen sind (Wigger 2022). Diese Projekte ähneln den in der neoliberalen Ära verschrien nationalen Champions³ (Linsi 2020). Die Vielseitigkeit der Reports verdeutlicht die Mitgestaltungsmöglichkeiten, die der europäischen Industrie im Industrieforum zuteilwerden. Gewissermaßen knüpft das *IndustrieForum* an den *Industry 2030 High Level Industrial Roundtable* an, der aus 20 Wissenschaftler*innen und Repräsentant*innen

³ Die Idee hinter nationalen Champions ist, dass die Größe und internationale Wettbewerbsfähigkeit von ausgewählten Unternehmen durch gezielte Industriepolitik gefördert wird. Da dies oftmals auf Kosten des nationalen Wettbewerbs geht, wird diese Form der Politik besonders seit der neoliberalen Wende eher als schädlich betrachtet (Buch-Hansen/Wigger 2011; Linsi 2020).

von Unternehmen bestand und 2019 einen Bericht zu industriepolitischen Herausforderungen und Empfehlungen bis 2030 vorlegte. Ähnlich besteht seit 2015 die *High Level Group on Energy-intensive Industries*⁴. Das *IndustrieForum* setzt sich jedoch im Gegensatz zu den High-Level-Groups vordergründig aus organisierten Interessensvertreter*innen zusammen. Den Gruppen ist jedoch gemein, dass sie die Europäische Kommission beraten und so bei politischen Prozessen mitwirken, obwohl ihnen eine demokratische Legitimation fehlt. Das institutionelle Design verdeutlicht die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Industrievertreter*innen, Gewerkschaften und NGOs, während die Machtverhältnisse zwischen unterschiedlichen Industrie-sektoren fallspezifisch analysiert werden müssen.

Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus als Beispiel für die komplexen Machtverhältnisse

Ein Beispiel, das die komplexen Machtverhältnisse zwischen unterschiedlichen ökonomischen Sektoren, aber auch Mitgliedstaaten verdeutlicht, ist der *CO₂-Grenzausgleichsmechanismus*: Bei der Umsetzung des *Europäischen Grünen Deals* wird die Bedeutung des EU-ETS und des CO₂-Preises hervorgehoben. Dieser Logik folgend werden zur Beschleunigung der grünen Transformation die kostenlosen Emissionszertifikate für energieintensive Industrien abgebaut. Um die Preiseffekte abzufedern, wird der *CO₂-Grenzausgleichsmechanismus* in energie-intensiven Sektoren eingeführt, der zur Verhinderung von asymmetrischem

⁴ Energieintensive Industrien bestehen aus: Zement, Keramik und feuerfesten Materialien, Chemikalien, Eisen- und Metalllegierung, Dünger, Glas, Kalk, nicht-eisenhaltige Metalle, Zellulose und Papier, Stahl und Raffinerie.

Wettbewerb am Binnenmarkt Importzölle in Höhe der ausgestoßenen Emissionen erhebt. Das sichert zwar die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber Unternehmen aus Drittländern auf dem Binnenmarkt, geht jedoch mit Wettbewerbsfähigkeitsverlusten der Außer-EU-Exporte einher. Besonders für Mitgliedstaaten mit hohen Außer-EU-Exportanteilen in energieintensiven Industrien stellt dies eine Gefahr für deren weltweiten Absatz dar. Dementsprechend traten die Mitgliedstaaten mit hohen Exportanteilen und deren organisierte ökonomischen Interessen gegen diese Policy-Reform ein (von Homeyer et al. 2022). In der EU ist Deutschland das Land mit dem höchsten Außer-EU-Exportanteil, zudem fallen die deutschen Exporte in energie-intensive Sektoren (Kraftfahrzeuge, Maschinen und Chemische Erzeugnisse) (Destatis 2017). Die Umsetzung des neuen Instruments erklärt sich über dessen politische Attraktivität. Diese liegt einerseits in der zur Einhaltung der eigenen Klimaziele dringend notwendigen Beschleunigung der grünen Transformation, andererseits aber in der Vereinbarkeit mit dem Regelwerk der World Trade Organisation (WTO)⁵ (Ehrenstein/Neyland 2021). Somit erscheint der *CO₂-Grenzausgleichsmechanismus* als Kompromiss zwischen Vereinbarkeit mit der WTO, Klimazielen und den Interessen der europäischen Industrie. Zudem sind besonders Deutschland und die deutsche Industrie an dem *Europäischen Grünen Deal* interessiert, um die eigene Profitabilität wiederherzustellen und die Wettbewerbssituation gegenüber China zu verbessern (Ryner 2021). Diese Interessenslage wird dazu beigetragen haben, dass weder Deutschland noch deutsche organisierte ökonomische Interessen mehr Widerstand gegen diese Politiken leisten.

5. Diskussion: das transformative Potenzial von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit

Im Folgenden wird das Konzept der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit in Bezug auf die zugrunde

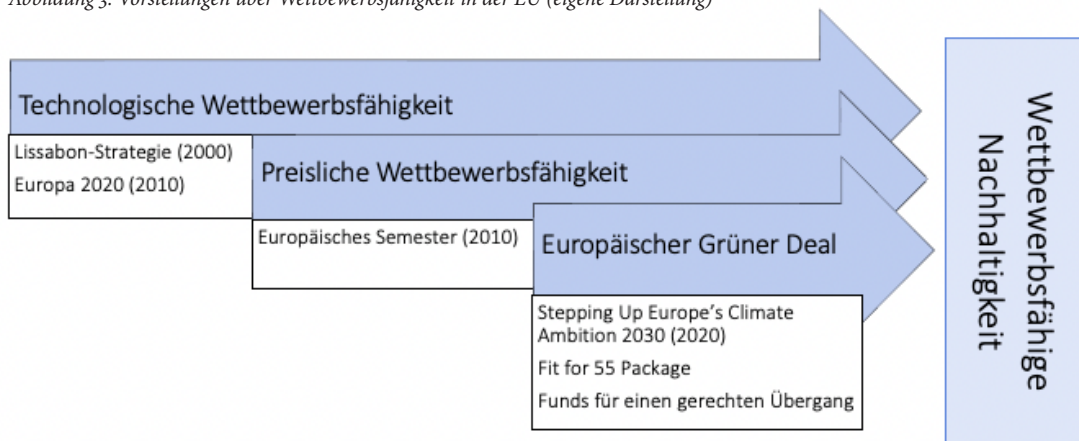
⁵ Die WTO ist ein multilateraler Vertrag mit dem Ziel, sukzessive Handelshemmnisse abzubauen und fairen Wettbewerb zu erzeugen. Dazu sind Importzölle, um fairen Wettbewerb am europäischen Binnenmarkt zu fördern, zulässig. Demgegenüber sind Importsubstitutionen in der Höhe des CO₂-Preises, um auch fairen Wettbewerb für europäische Unternehmen in Drittländern zu gewährleisten, keine zulässige Regulierung.

liegenden Transformationsvorstellungen, vorherige politisch-ökonomische Strategien der Europäischen Union und politisch-ökonomische Implikationen diskutiert und eingeordnet. Damit wird eine Einschätzung des europäischen grünen Transformationsprozesses ermöglicht.

Das Konzept der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit umfasst vier Dimensionen: Umwelt, Produktivität, Fairness und Stabilität, die selektiv in politische Institutionen übersetzt werden. Dabei fokussiert die europäische politisch-ökonomische Strategie im Sinne eines technologischen Optimismus auf die (absolute) Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch durch Effizienzsteigerung. Energie ist folglich ein zentrales Element der politischen Intervention: Die Energieeffizienz, der Anteil an erneuerbarer Energie und die Produktivität der europäischen Wirtschaft sollen durch Forschung und Innovation erhöht werden. Eine untergeordnete Rolle spielt die Kreislaufwirtschaft mit dem Ziel, eine Effizienzsteigerung der Ressourcenverwendung (sowohl der Inputs als auch Outputs) zu erlangen. Dies impliziert einen relativen Zugang zu Nachhaltigkeit: Demnach ist ein wirtschaftlicher Prozess nachhaltig, sofern er effizienter ist als andere wirtschaftliche Prozesse. Die europäische grüne Transformation baut also auf der Rationalität der ökologischen Modernisierung (Brand 2016) auf. Anhand des Konzepts der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit werden diese Vorstellungen in den die europäische politisch-ökonomische Strategie dominierenden Diskurs über Wettbewerbsfähigkeit eingewoben. Entsprechend zeigt sich eine weitgehende Kontinuität zu früheren Vorstellungen über Wettbewerbsfähigkeit: Neben der ökologischen und sozialen Dimension werden Produktivität und Stabilität als Dimensionen von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit betont. Erstmals mit der *Lissabon-Strategie* (2000) wurde technologische Wettbewerbsfähigkeit zum strategischen Ziel der EU. Damals war das Konzept eng an die sogenannte wissensbasierte Wirtschaft geknüpft (Sum/Jessop 2013; Jessop 2006). Zur Durchsetzung der *Lissabon-Strategie* wird die *Offene Methode der Koordination* (OMK) eingeführt. Die OMK ermöglicht es der Europäischen Kommission, Anpassungsdruck gegenüber Mitgliedstaaten auszuüben – auch in Bereichen, in denen der EU die Kompetenzen fehlen (etwa in der Bildungs- oder Innovationspolitik) (Tholoniat 2010). Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008) spielt Nachhaltigkeit eine bedeutendere Rolle



Abbildung 3: Vorstellungen über Wettbewerbsfähigkeit in der EU (eigene Darstellung)



für technologische Wettbewerbsfähigkeit, die sich schon in der aktualisierten politisch-ökonomischen Strategie der EU, *Europa 2020* (2010), abzeichnet. Gleichzeitig wird das *Europäische Semester* mit klarer Ausrichtung auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit eingeführt, womit Faktorpreise (Arbeit, Kapital, Steuern etc.) zum zentralen Element politischer Intervention werden (Miró 2021). Das *Europäische Semester* baut auf der OMK auf, doch werden durch die Kopplung mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt Sanktionen bei makroökonomischen Ungleichgewichten ermöglicht. In den folgenden Jahren nimmt mit wachsenden geopolitischen Spannungen die Bedeutung von offener strategischer Autonomie und (digitaler) Souveränität in der europäischen politisch-ökonomischen Strategie zu (Lavery/Schmid 2021; Schmitz/Seidl 2022). Mit dem *Europäischen Grünen Deal*, dem Ziel der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit und der Ambition, Synergien zwischen der digitalen und grünen Transformation zu erzeugen, werden in der Rationalität der ökologischen Modernisierung (Brand 2016) Nachhaltigkeit, strategische Autonomie und technologische Wettbewerbsfähigkeit angeglichen. Ich argumentiere, dass der ‚relative Zugang‘ zu Nachhaltigkeit wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Vereinbarung der Ziele ist. Zugleich verdeutlicht dieser kurze Überblick, dass sich die europäischen Ideen über Wettbewerbsfähigkeit *kumulativ* zusammensetzen (siehe Grafik 3):

Neue Anforderungen werden als weiterer Aspekt addiert, anstatt bestehende Ideen zu überdenken und zu ersetzen, sollten die Umstände dies erfordern. Strategien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit werden damit tendenziell ein immer komplexeres Unterfangen. Zur Umsetzung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit werden öffentliche und private Investitionen über den Investitionsplan für ein zukunftsfähiges

Europa gelenkt und nationale Transformationsprozesse im Europäischen Semester koordiniert. Diese Aufgabe impliziert eine Neudefinition des Semesters: Zwar sind Indikatoren, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit messen, weiterhin zentraler Teil, doch sind die Jährlichen Strategien für nachhaltiges Wachstum der folgenden Jahre stärker auf grünes Wachstum und technologische Wettbewerbsfähigkeit als auf die makro-ökonomische Stabilität der Eurozone ausgerichtet. Dennoch wird bis zur Covid-19-Pandemie am Stabilitäts- und Wachstumspakt festgehalten und dieser erst dann (für einen bestimmten Zeitraum) ausgesetzt, um die für die wirtschaftliche Erholung und grüne Transformation notwendigen Investitionen zu tätigen. Damit war die europäische Reaktion auf die Pandemie erstens weitaus solidarischer als jene auf die Euro-Krise (i.e. mit NextGenerationEU wurden gemeinsame Schulden aufgenommen, während in der Euro-Krise geteilte fiskalische Verantwortung abgelehnt wurde). Dieser Umschwung liegt sicherlich nicht zuletzt darin, dass die Covid-19-Pandemie anders gedeutet wurde als die Euro-Krise: Während die Euro-Krise als Staatsschuldenkrise dargestellt und somit die Verantwortung bei den verschuldeten Staaten verortet wurde, erscheinen die Pandemie und der folgende wirtschaftliche Abschwung als externer Schock, angesichts dessen sich die EU solidarisch zeigen muss. Zweitens wurden, entgegen dem Austeritätskurs der Euro-Krise, während der Pandemie der Stabilitäts- und Wachstumspakt suspendiert und die grünen Investitionen stark erhöht. In diesem Sinne wurde die Covid-19-Pandemie als ‚critical juncture‘ oder Katalysator für die grüne Transformation bezeichnet (Dupont et al. 2020; Eckert 2021). Dennoch bleiben Zweifel (Eckert 2021; Fleming/Mauger 2021), ob das anvisierte Investitionsvolumen ausreicht, um die europäische Wirtschaft bis 2050 kli-



maneutral zu machen – oder ob nicht die Absicherung der Machtverhältnisse in der EU und die Profitabilität der europäischen Industrie auf dem Weltmarkt im Vordergrund stehen (Ryner 2021).

Diese Zweifel werden durch das Design der neu geschaffenen politischen Institutionen, wie etwa dem Mechanismus für einen gerechten Übergang, dem CO₂-Ausgleichsmechanismus oder dem Industrieforum, gestärkt: Erstens konnten Länder wie Deutschland, die gut dokumentierte Machtpositionen in der EU haben (Keil/Wissel 2019; Ryner 2021), ihre Interessen auch in der grünen Transformation bei der Vergabe von Fördergeldern durchsetzen. Eine spannende Rolle spielt dabei Polen, das zuerst stark gegen die Klimaziele kämpfte, dann einlenkte und heute eines von den Hilfgeldern am meisten profitierenden Länder ist. Zweitens wird die europäische Industrie zwar im Kontext der grünen Transformation in die Verantwortung genommen, doch erhalten besonders ressourcenstarke Akteur*innen (etwa organisierte Interessensvertretungen der europäischen Industrie) Zugang zu Entscheidungsprozessen und können sich entsprechend aktiv an der Gestaltung der grünen Transformation beteiligen. Demgegenüber haben Gewerkschaften und NGOs limitierte Mitgestaltungsmöglichkeiten. Letztlich zeigt die asymmetrische Gestaltung des politischen Prozesses um den Europäischen Grünen Deal (besonders des Industrieforums) die Dominanz von wirtschaftlichen Interessen in der EU. Dabei sticht eine unzureichende Differenzierung zwischen unterschiedlichen Sektoren ins Auge, die sich anhand der zwei Jahrzehnte dominierenden horizontalen Industriepolitik der Europäischen Kommission erklärt. Während der Covid-19-Pandemie werden die klima- und umweltpolitischen Zielsetzungen verstärkt, anstatt diese, wie organisierte ökonomische Interessensgruppen es forderten (Eckert 2021), nach hinten zu verschieben oder zu lockern. Zugleich wurden spezifische ökonomische Interessen in der Gestaltung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus hintangestellt (etwa jene der deutschen exportorientierten Industrie). Doch sind die Klimaziele der EU trotz allem mit Vorsicht zu genießen: Es heißt nicht, dass die Ziele auch erreicht werden – so umfasst etwa die europäische Strategie zur Erreichung der Klimaziele, *Stepping Up Europe's climate ambition 2030*, nur eine Reduktion von 47 Prozent anstatt 55 Prozent der GHG-Emissionen.

Letztlich verdeutlicht die vorliegende Analyse, dass die politisch-ökonomische Strategie sowie die Strukturen der europäischen Wirtschaft auch angesichts

der Klimakrise von der Europäischen Union nicht hinterfragt und die damit einhergehende Einschränkung des Denk- und Machbaren nicht reflektiert wird. Stattdessen ist die europäische grüne Transformation in der Rationalität der ökologischen Modernisierung stark auf Treibhausgasemissionen und Energieeffizienz fokussiert. Nachhaltigkeit wird dabei als relative Verbesserung und/oder Effizienzsteigerung eines ökonomischen Prozesses verstanden. Wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit liegt also ein schwaches Verständnis von Nachhaltigkeit zugrunde: Natürliche Ressourcen sollen durch Human- und Sachkapital ersetzt werden, doch steht weiterhin die Wohlstandsmehrung durch Wirtschaftswachstum im Vordergrund. Dies wird ermöglicht, indem Rohstoffe, Boden und Natur durch Human- und Sachkapital substituiert werden. Dieses Denken zeigt sich auch in den dem CO₂-Preis zugrunde liegenden Annahmen: Natur erscheint vollständig durch Kapital substituierbar, womit die Eigenlogik der Natur aberkannt wird. Ein derartiges Verständnis von Nachhaltigkeit ist – besonders vor dem Hintergrund jüngster Klima-Forschung bzw. Forschung zur Entkopplung (Schmelzer 2015; 2022; IPCC 2018; Parrique et al. 2019) – zumindest überholt, wenn nicht gar fahrlässig oder gefährlich. Demgegenüber würde ein starkes Verständnis von Nachhaltigkeit den Konflikt zwischen stetigem Wachstum und Umwelt hervorheben und dafür plädieren, dass Natur keine beliebig substituierbare Kapitalsorte ist und nicht der angenommenen ökonomischen Logik folgt. Folglich ist auch nachhaltiges Wachstum nicht oder nur sehr begrenzt möglich. Ein derartiges Verständnis von Nachhaltigkeit würde sich mit dem Konzept der Wettbewerbsfähigkeit schwer vereinen lassen. Wie zuvor argumentiert, ist das schwache Verständnis von Nachhaltigkeit also die Bedingung für die Vereinbarkeit der Zielsetzungen von Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit dominiert jedoch schon in den vergangenen Jahrzehnten den politischen Diskurs – ohne wirkliche Erfolge in der Entschärfung der Klimakrise zu erzielen. Ferner verdeutlicht das technokratische Design der Institutionen zur Ausgestaltung und Umsetzung des Transformationsprozesses (besonders des Industrieforums, aber auch des Europäischen Semesters) einmal mehr das Ungleichgewicht zwischen Vertreter*innen der europäischen Industrie, Gewerkschaften und NGOs. Folglich ist auch das transformative Potenzial von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit als stark limitiert einzuschätzen.

Literatur

- Biebricher, T. (2017): *Disciplining Europe – The Production of Economic Delinquency*. *Foucault Studies*, (23), 63–85. <https://doi.org/10.22439/fs.voio.5342>.
- (2018): *The Political Theory of Neoliberalism*. *Currencies*. Stanford, California: Stanford University Press.
- Bieler, A./Morton, A. D. (2008): *The Deficits of Discourse in IPE: Turning Base Metal into Gold?* *International Studies Quarterly*, 52 (1), 103–128.
- Bongardt, A./Torres, F. (2022): *The European Green Deal: More than an Exit Strategy to the Pandemic Crisis, a Building Block of a Sustainable European Economic Model*. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 60 (1), 170–85. <https://doi.org/10.1111/jcms.13264>.
- Brand, U. (2016): *Green Economy, Green Capitalism and the Imperial Mode of Living: Limits to a Prominent Strategy, Contours of a Possible New Capitalist Formation*. *Fudan Journal of the Humanities and Social Sciences*, 9 (1), 107–21. <https://doi.org/10.1007/s40647-015-0095-6>.
- Brand, U./Krams, M./Lenik, V./Schneider, E. (2022): *Contours of Historical-Materialist Policy Analysis*. *Critical Policy Studies*, 16 (3): 279–96. <https://doi.org/10.1080/19460171.2021.1947864>.
- Buch-Hansen, H./Wigger, A. (2011): *The Politics of European Competition Regulation: A Critical Political Economy Perspective*. *RIPE Series in Global Political Economy*. Abingdon, Oxon/New York: Routledge.
- Burns, C./Tobin, P. (2016): *The Impact of the Economic Crisis on European Union Environmental Policy: Impact of the Economic Crisis*. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 54 (6), 1485–94. <https://doi.org/10.1111/jcms.12396>.
- Cafruny, A. W. (2015): *European Integration Studies, European Monetary Union, and Resilience of Austerity in Europe: Post-Mortem on a Crisis Foretold*. *Competition & Change*, 19 (2), 161–77. <https://doi.org/10.1177/1024529415571869>.
- Carstensen, M. B./Schmidt, V. A. (2016): *Power through, over and in Ideas: Conceptualizing Ideational Power in Discursive Institutionalism*. *Journal of European Public Policy*, 23 (3), 318–37. <https://doi.org/10.1080/13501763.2015.1115534>.
- Destatis (2017): *Deutscher Außenhandel. Export und Import im Zeichen der Globalisierung*. Online: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Publikationen/Downloads-Aussenhandel/aussenhandel-welthandel-5510006159004.pdf?__blob=publicationFile [18.02.23].
- Dupont, C./Oberthür, S./von Homeyer, I. (2020): *The Covid-19 Crisis: A Critical Juncture for EU Climate Policy Development?* *Journal of European Integration*, 42 (8), 1095–1110. <https://doi.org/10.1080/07036337.2020.1853117>.
- Eckert, S. (2021): *The European Green Deal and the EU's Regulatory Power in Times of Crisis*. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 59 (S1), 81–91. <https://doi.org/10.1111/jcms.13241>.
- Ehrenstein, V./Neyland, D. (2021): *Economic Under-Determination: Industrial Competitiveness and Free Allowances in the European Carbon Market*. *Journal of Cultural Economy*, 14 (5), 596–611. <https://doi.org/10.1080/17530350.2021.1908397>.
- Europäische Kommission (2019): *Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020*. Online: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52019DC0650&from=EN> [18.02.23].
- European Commission, Directorate-General for the Budget (2021): *The EU's 2021–2027 Long-Term Budget and NextGenerationEU: Facts and Figures*. LU: Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2761/808559>.
- Fairclough, N. (2013): *Critical Discourse Analysis and Critical Policy Studies*. *Critical Policy Studies*, 7 (2), 177–97. <https://doi.org/10.1080/19460171.2013.798239>.
- Fleming, R. C./Mauger, R. (2021): *Green and Just? An Update on the „European Green Deal.“* *Journal for European Environmental & Planning Law*, 18 (1–2), 164–80. <https://doi.org/10.1163/18760104-18010010>.
- Foucault, M. (1982): *The Subject and Power*. *Critical Inquiry*, 8 (4), 777–95.
- Gräbner-Radkowsch, C./Hager, T. (2021): *Mis-measuring Competitiveness. The Quantification of a Malleable Concept in the European Semester*. *ICAE: Working Paper Series*. No 130. https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp130.pdf
- Heimberger, P./Huber, J./Kapeller, J. (2020): *The Power of Economic Models: The Case of the EU's Fiscal Regulation Framework*. *Socio-Economic Review*, 18 (2), 337–66. <https://doi.org/10.1093/ser/mwz052>.
- Homeyer, I. von/Oberthür, S./Dupont, C. (2022): *Implementing the European Green Deal during the Evolving Energy Crisis*. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 60 (S1), 125–31. <https://doi.org/10.1111/jcms.13397>.
- IPCC (2018): *Special Report on the Effects of Global Warming of 1.5 °C*. Online: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_High_Res.pdf [18.02.23].
- Jäger, S. (2015): *Kritische Diskursanalyse: eine Einführung*. 7., vollst. überarb. Aufl. Edition DISS, Bd. 3. Münster: Unrast Verlag.
- Jessop, B. (2006): *State- and Regulation-Theoretical Perspectives on the European Union and the Failure of the Lisbon Agenda*. *Competition & Change*, 10 (2), 141–61. <https://doi.org/10.1179/102452906X104213>.
- Keil, D./Wissel, J. (Hg., 2019): *Staatsprojekt Europa: Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. <https://doi.org/10.5771/9783748900900>.
- Lavery, S./Schmid, D. (2021): *European Integration and the New Global Disorder*. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 59 (5), 1322–38. <https://doi.org/10.1111/jcms.13184>.

- Leubolt, B. (2014): History, Institutions, and Selectivities in Historical-Materialist Policy Analysis: A Sympathetic Critique of Brand's „State, Context and Correspondence“. *Austrian Journal of Political Science*, 43 (3), 309–18. <https://doi.org/10.15203/OZP.259.VOL43ISS3>.
- Linsi, L. (2020): The Discourse of Competitiveness and the Dis-Embedding of the National Economy. *Review of International Political Economy*, 27 (4), 855–79. <https://doi.org/10.1080/09692290.2019.1687557>.
- Meunier, S./Kalypso, N. (2019): The Geopoliticization of European Trade and Investment Policy. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 57 (S1), 103–13. <https://doi.org/10.1111/jcms.12932>.
- Miró, J. (2021): In the Name of Competitiveness: A Discursive Institutional Analysis of the EU's Approach to Labour Market Structural Reform, 2007–2016. *Socio-Economic Review*, 19 (2), 711–33. <https://doi.org/10.1093/ser/mwz030>.
- Nunn, A./Beeckmans, P. (2015): The Political Economy of Competitiveness and Continuous Adjustment in EU Meta-Governance. *International Journal of Public Administration*, 38 (12), 926–39. <https://doi.org/10.1080/01900692.2015.1028645>.
- Oberthür, S./Dupont, C. (2021): The European Union's International Climate Leadership: Towards a Grand Climate Strategy? *Journal of European Public Policy*, 28 (7), 1095–1114. <https://doi.org/10.1080/13501763.2021.1918218>.
- Palera, S. (2022): The Impact of the European Green Deal on EU Environmental Policy. *The Journal of Environment & Development*, 31 (2), 196–220. <https://doi.org/10.1177/10704965221082222>.
- Parrique, T./Barth, J./Briens, F./Kerschner, C./ Kraus-Polk, A./Kuokkanen, A./Spangenberg, J. (2019): Decoupling Debunked - Evidence and Arguments against Green Growth as a Sole Strategy for Sustainability. European Environmental Bureau.
- Pianta, M./Luchese, M. (2020): Rethinking the European Green Deal: An Industrial Policy for a Just Transition in Europe. *Review of Radical Political Economics*, 52 (4), 633–41. <https://doi.org/10.1177/0486613420938207>.
- Princen, S./van Esch, F. (2016): Paradigm Formation and Paradigm Change in the EU's Stability and Growth Pact. *European Political Science Review*, 8 (3), 355–75. <https://doi.org/10.1017/S1755773915000089>.
- Ryner, M. (2021): Passive Revolution/Silent Revolution: Europe's Recovery Plan, the Green Deal, and the German Question. Helsinki Global Political Economy Working Papers, no. 5.
- Schmelzer, M. (2015): The Growth Paradigm: History, Hegemony, and the Contested Making of Economic Growthmanship. *Ecological Economics*, 118 (October), 262–71. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2015.07.029>.
- (2022): From Luddites to Limits? Towards a Systematization of Growth Critiques in Historical Perspective. *Globalizations*, August, 1–18. <https://doi.org/10.1080/14747731.2022.2106044>. JAHRGANG UND HEFTNUMMER BITTE ERGÄNZEN
- Schmidt, V. A. (2021): European Economic Governance: Past Errors and Future Promises. *Politique Étrangère*, 86 (4), 1–14.
- Schmidt, V. A./Thatcher, M. (Hg., 2013): Resilient Liberalism in Europe's Political Economy. Contemporary European Politics. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Schmitz, L./Seidl, T. (2022): Protecting, Transforming, and Projecting the Single Market. Open Strategic Autonomy and Digital Sovereignty in the EU's Trade and Digital Policies. Preprint. SocArXiv. <https://doi.org/10.31235/osf.io/wjb64>.
- Schumpeter, J. A. (1912): The Theory of Economic Development: An Inquiry into Profits, Capital, Credit, Interest, and the Business Cycle. Duncker & Humblot. Berlin.
- Skjærseth, J. B. (2021): Towards a European Green Deal: The Evolution of EU Climate and Energy Policy Mixes. *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics*, 21 (1), 25–41. <https://doi.org/10.1007/s10784-021-09529-4>.
- Sum, N.-L./Jessop, B. (2013): Competitiveness, the Knowledge-Based Economy and Higher Education. *Journal of the Knowledge Economy*, 4 (1), 24–44. <https://doi.org/10.1007/s13132-012-0121-8>.
- Tholoniati, L. (2010): The Career of the Open Method of Coordination: Lessons from a 'Soft' EU Instrument. *West European Politics*, 33 (1), 93–117. <https://doi.org/10.1080/01402380903354122>.
- Verdun, A./Zeitlin, J. (2018): Introduction: The European Semester as a New Architecture of EU Socioeconomic Governance in Theory and Practice. *Journal of European Public Policy*, 25 (2), 137–48. <https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1363807>.
- WKO (2021): Wertschöpfung nach Sektoren. Online: <https://wko.at/statistik/eu/europa-wertschoepfung.pdf> [18.02.23].
- Wigger, A. (2022): The New EU Industrial Policy and Deepening Structural Asymmetries: Smart Specialisation Not So Smart. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 61 (1), 20–37. <https://doi.org/10.1111/jcms.13366>.
- Wissel, J./Wolff, S. (2017): Political Regulation and the Strategic Production of Space: The European Union as a Post-Fordist State Spatial Project: The EU as a Post-Fordist State Spatial Project. *Antipode*, 49 (1), 231–48. <https://doi.org/10.1111/anti.12265>.
- Wodak, R./Meyer, M. (Hg., 2001): Methods of Critical Discourse Analysis. Introducing Qualitative Methods. London/Thousand Oaks [Calif.]: Sage.
- Wolf, S./Teitge, J./Mielke, J./Schütze, F./Jaeger, C. (2021): The European Green Deal — More Than Climate Neutrality. *Intereconomics*, 56 (2), 99–107. <https://doi.org/10.1007/s10272-021-0963-z>.

